

# Einigkeit trotz aller Unterschiede!

## Führungsprobleme auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden in Mindanao

von Botschafter Lininding P. Pangandaman

**Anders als in anderen Teilen des Landes hatten sich die Menschen in der autonomen Region des muslimischen Teils von Mindanao (ARMM) mit verschiedenartigen Führungsansprüchen auseinanderzusetzen und auch darunter zu leiden. Hier ist ganz offensichtlich einer der Gründe für die gegenwärtigen Probleme zu suchen.**

**E**s gibt dort folgende Arten von Führerschaft:

- Die Sultanatsführung  
Dabei liegt die exekutive, legislative und judikative Gewalt allein beim Sultan.
- Ethnische Führerschaft  
Hier handelt es sich um drei Gruppen: die Maranaos in Lanao del Sur, die Maguindanaos in Maguindanao und die Tausogs in Sulu und Tawi Tawi. Jede dieser Gruppen hat ihre eigenen Führungspersonen.
- Religiöse Führerschaft  
Es gibt religiöse Führer, die den politisch Verantwortlichen absprechen, noch für das Gemeinwohl sorgen zu wollen. Sie haben deshalb selbst begonnen, die politische Macht zu übernehmen.
- Verfassungskonforme Führerschaft  
Sie ist durch die Trennung von Kirche und Staat gekennzeichnet. Legislative, Exekutive und Judikative sind als unabhängige und gleichberechtigte Bestandteile der Regierung in Geltung.

Aufgrund dieser verschiedenen Formen der Machtausübung kam es in der Bevölkerung zu negativen Reaktionen und Einstellungen, die die Autonomiebestrebungen in der Region sehr behindern. Zu diesen negativen Einstellungen gehören

- a) Voreingenommenheit, Mißtrauen und Vorurteile gegenüber kulturellen Minderheiten, deren Resentiments wiederum dadurch gestärkt werden, daß sie zwar regional die Minderheit, in den südlichen Philippinen insgesamt aber die Mehrheit ausmachen.
- b) unvernünftige Fraktionsbildungen unter den verschiedenen Gruppen, die an sich eine gemeinsame kulturelle Identität besitzen.
- c) das Festhalten an feudalen Strukturen seitens der Oberschicht.
- d) das Schielen nach öffentlichen Geldern und finanzieller Unterstützung — zum Teil eine Nachwirkung kolonialer Strukturen, aufgrund deren die Leute nach dem Prinzip »Teile und herrsche« in Abhängigkeit gehalten wurden.
- e) ängstliche Passivität der Menschen und blindes Vertrauen gegenüber Reformversprechungen trotz krasser Mißwirtschaft.
- f) schließlich die Vermengung von rein politischen Angelegenheiten mit religiösen Anliegen, die die Menschen ohne Rücksicht auf die Konsequenzen zu problematischen und brüchigen Einheitsbestrebungen treibt.

Die hier dargestellte Typologie der Führerschaften kann zum Verständnis der komplizierten Pro-

bleme in der Region durchaus beitragen. Doch um deren Komplexität ganz zu erfassen, müssen die tieferliegenden Ursachen im Folgenden noch in den Blick genommen werden.

Da ist einmal das Feld der Politik, das mit sozialen und kulturellen Themen und Problemen verwachsen ist. Solange diese Verwachsungen bestehen und sich nicht entflechten lassen, werden die Leute weiterhin auf Abwege geraten und die Probleme ungelöst bleiben. ...

### Die Frage der Führerschaft und der Wirtschaft

Die Mehrheit der Menschen in der Region, die ja in ländlichen Gebieten leben, haben mit den erwähnten Formen der Führerschaft ihre Erfahrungen gemacht. Am Ende sind sie nun Opfer von Ausbeutung — oder ganz einfach ahnungslos im Blick auf das, was um sie herum geschieht, sind sanftmütig, unterwürfig und in ihr Schicksal ergeben. All das geschieht, weil die Menschen trotz ihrer politischen Wahlmöglichkeiten aufgrund ihrer Erfahrung davon ausgehen, daß ihre Führer aufgrund der nationalen Regierungsinterventionen

Der Autor war zuvor Bezirks-Gouverneur der ARMM.

von vornherein ausgewählt und bestimmt sind. Der Eindruck, daß die Kandidaten der jeweils an der Macht befindlichen Partei mit Sicherheit auch die Wahl gewinnen, ist weit verbreitet.

Der einzige Weg zur Lösung dieses Problems führt nur über den erkennbaren Willen der nationalen Führung, die Leute durch verfassungsgemäß korrekte Handhabung der Wahlen eines Besseren zu belehren.

Von entscheidender, ja von globaler Bedeutung ist die Lösung der wirtschaftlichen Probleme. Denn wirtschaftliche Armut stellt unzweifelhaft das Haupthindernis für Frieden und Entwicklung dar. Dies trifft auch für die Situation in der ARMM und das

nationale Programm für die Entwicklung dort zu.

### Autonomie auf vernünftiger Basis

Das entsprechende Gesetz zur Verwirklichung von Autonomie (*Republic Act Nr. 6734*) ist mit allen Einzelheiten und Klauseln ausgestattet, die zum Erfolg führen können. Jetzt kommt es auf gute Führungsqualitäten an, die zu einer vernünftigen Gestaltung der Autonomie beitragen. Hier liegt der Schlüssel für einen dauerhaften Frieden und für eine verstärkte Entwicklung in Mindanao ...

Jedes persönliche Interesse und private Vorhaben muß dem öf-

fentlichen Interesse und Gemeinwohl untergeordnet werden. Die ARMM brauchen eine Führerschaft, die Fraktionierung und feudalistische Tendenzen ablehnt; die frei ist von Voreingenommenheit, Mißtrauen und Vorurteilen; die die von der nationalen Regierung bereitgestellten Mittel voll ausschöpft; die diese Mittel in die ländlichen Gebiete zu den Leuten bringt, die den Nutzen davon haben sollen. Vor allem ist eine Führerschaft vonnöten, die sich als glaubwürdig erwiesen hat und deren Einsatz für nationale Einigkeit und Solidarität anerkannt ist.

(*Manila Bulletin*, 26.3.1999. Gekürzter Beitrag. — Übersetzung: Klaus Schmidt.)

# 150 Millionen Dollar für die Folteropfer

von Matthias Drilling

**G**heimdiplomatie zwischen Verhandlungspartnern, gegenseitige Verunglimpfungen der Anspruchsberechtigten und Instrumentalisierung der Folteropfer begleiten den Konflikt um die Verteilung der Marcos-Gelder. Hatte Präsident Joseph »Erap« Estrada sein über die Presse angekündigtes »Weihnachtsgeschenk« im vergangenen Jahr noch nicht auszahlen können, so scheint jetzt ein neuer Deal vereinbart: die Folteropfer werden 150 Millionen Dollar erhalten und dafür auf alle weiteren Forderungen verzichtet. Doch um die Details wird noch heftig gestritten.

### Der Lausanner Gerichtsentscheid ...

Im Dezember 1997 ermöglichte das schweizerische Bundesgericht in Lausanne in seiner Grundsatzentscheidung die Überweisung der seit

Der Autor ist Geschäftsführer der Gruppe Schweiz-Philippinen.

über zehn Jahren auf Schweizer Banken eingefrorenen rund 570 Millionen Dollar des ehemaligen Diktators Ferdinand Marcos. Als »bahnbrechend« wurde das Urteil bewertet, weil erstmals in der schweizerischen Rechtsgeschichte die Rückführung von Potentatengeldern mit Auflagen verbunden wurde.<sup>1)</sup> Faktisch bedeuteten diese Auflagen, daß die Überweisungen aus der Schweiz erst dann erfolgen, wenn die philippinische Regierung den 9539 Anspruchsberechtigten, denen 1995 vom amerikanischen Bundesgericht eine Summe von insgesamt 2,3 Milliarden Dollar zugesprochen wurde, eine (in ihrer Höhe nicht definierte) Entschädigung garantiert. Bei Zweifeln behält sich — so das Urteil — die Schweiz vor, die UNO-Ausschüsse anzurufen, um die philippinische Regierung wegen Verletzung der Verpflichtungen des UNO-Pakts II (Sicherung der politischen Rechte und Menschenrechte) zu verurteilen.<sup>2)</sup> Noch im gleichen Monat akzeptierte die Regierung Fidel Ramos die ihr gemachten Auflagen und

ermöglichte damit die Überweisung von den Konten der Credit Swiss und des Schweizerischen Bankvereins.<sup>3)</sup>

### ... und die Reaktionen in Manila

Kaum erreichte das Urteil aus Lausanne die Philippinen, meldeten sich mehrere Parteien zu Wort, die bei der Aufteilung der Gelder mitzureden beabsichtigen. Um die weiteren Vorgänge besser zu verstehen, lohnt es sich, die Akteure vorab zu identifizieren. Die wichtigsten Parteien sind im einzelnen:

- die philippinische Regierung, seit den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1998 vertreten durch ihren Präsidenten Joseph »Erap« Estrada, (Vorgänger: Fidel Ramos),
- die von der früheren Präsidentin Corazon Aquino geschaffene Presidential Commission on Good Government (PCGG), deren Aufgabe die Rückführung der Marcos-Gelder ist, die also die Inter-

essen der Regierung in dieser Angelegenheit vertritt,

- CLAIMANTS 1081, eine Organisation ehemaliger Folteropfer, die mit dem amerikanischen Anwalt Robert Swift (der die Sammelklage in Amerika zugunsten der Folteropfer entschieden hatte) zusammenarbeitet und deren Präsidentin Loretta »Etta« Rosales, die seit Mai diesen Jahres das linke Bündnis Akbayan im Repräsentantenhaus vertritt,
- SELDA, eine zweite Organisation ehemaliger Folteropfer, deren Einfluss in den vergangenen Jahren zwar schwand, allerdings durch die derzeit laufenden Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Untergrundbewegung National Democratic Front NDF wieder gestärkt wurde,
- die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) mit ihrem militant-politischen Arm National Democratic Front (NDF) und ihrer maoistischen Guerillabewegung New Peoples Armee (NPA), die den gesamten Widerstand während der Diktatur organisierte. Noch immer aktiv — auch im bewaffneten Widerstand — hat es ihr geistiger Führer, José Maria Sison (derzeit im holländischen Exil), in der Vergangenheit geschickt verstanden, alle Friedensgespräche mit der philippinischen Regierung von Zugeständnissen in Sachen Marcos-Vermögen abhängig zu machen,
- die Familie Marcos (insbes. Witwe Imelda und Sohn Bobong Marcos) sowie ihre Verbündeten (»Marcoscronies«), allen voran Eduardo Conjugao jr. (Präsident von San Miguel Corporation), Ponce Enrile (Besitzer der Jaka Corporation) und Lucio Tan (Großgrundbesitzer und Tabakmagnat). Diese Personen sind entweder selbst Senatsmitglieder oder haben weitreichende Beziehungen. Sie alle behaupten, das



Marcos in Stein

- Marcos-Geld sei rechtmäßig verdient und gehöre daher vollumfänglich der Familie Marcos,
- Vertreterinnen und Vertreter von Ministerien, wie der Landwirtschaftsminister Horacio »Boy« Morales. Diese Personen melden sich von Zeit zu Zeit über Rundfunk und Presse zu Wort, um Vorschläge zu unterbreiten, wie die 570 Millionen verteilt werden könnten.

### Estrada wärmt die 75:25-Lösung auf

Bereits Fidel Ramos, der Vorgänger des jetzigen Präsidenten Estrada, war daran interessiert, über das zu diesem Zeitpunkt noch in der Schweiz gesperrte Geld möglichst schnell verfügen zu können. Langjährige — zumeist unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführte — Verhandlungen zwischen Regierung und Familie Marcos gipfelten im Jahre 1995 in einem Geheimvertrag, der eine Aufteilung der Gelder im Verhältnis von 25 zu 75 Prozent vorsah.<sup>4)</sup> Danach sollte die Familie Marcos mit 25 Prozent der Summe entschädigt werden, wenn sie freiwillig auf ihren Besitzanspruch verzichtet. Weiterhin würde ihr die völlige Straffreiheit, die Beendigung des Strafverfahrens gegen sie sowie die Rückgabe aller Vermögenswerte im In- und Ausland (einschließlich der Immobilien, des Schmucks etc.) zugesichert. Auch die Folteropfer kamen in diesem Dokument

aus: AW v. 7.7.1993, S. 31

zur Sprache: sie wollte man mit insgesamt 50 Millionen Dollar entschädigen. Erst in letzter Minute konnte dieser Deal aufgedeckt werden. Kaum im Amt nahm Präsident Estrada, dem viele vorwerfen, er sei eine Marionette der Marcos-Anhänger, die Gespräche mit der Familie des Diktators wieder auf. Es waren die scharfen Worte des Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, die die Stimmung in der Bevölkerung widerspiegelte. »Ich bin besorgt über die Leichtigkeit, mit der mit den ehemaligen Plünderern unserer Nation verhandelt wird.

Geld ist nicht das Ende von allem« so Sin in seiner Predigt zum Thema »philippinische Werte, christliche Werte«.<sup>5)</sup> »Ist unsere Nation derart arm an spirituellen und moralischen Werten, daß wir Personen in Schlüsselpositionen wählen, die einen zweifelhaften Charakter haben«, zielte der Erzbischof auf Präsidenten Estrada und seine SympathisantenInnen. Auch die Kongressabgeordneten reagierten auf Estradas Alleingang und überreichten ihm eine Petition, in der sich 113 der 221 Abgeordneten dafür aussprachen, der Präsident solle mehr Wert auf die von Strafverfolgung Imelda Marcos legen als auf einen außerparlamentarischen Vergleich.<sup>6)</sup>

### Die Suche nach dem Marcos-Gold

Zeitgleich zu Estradas Bemühungen beschäftigte sich die zur Rückführung der Marcos-Gelder bereits von Präsidentin Aquino 1984 eingesetzte PCGG mit der Frage. Lehnte bis zum Entscheid von Lausanne deren Vorsitzender Magtangol Gunigundo (amtierte bis zur Wahl im Mai 1998) eine Kooperation mit den Folteropfern kategorisch ab, sieht sich sein Nachfolger Felix de Guzman neuerlich einem ungeheuren Druck ausgesetzt: Nicht nur, daß Präsident Estrada ohne die Zusammenarbeit mit de Guzman verhandelt, er hat auch noch angekündigt, die Kommission in einem Jahr aufzulösen. Um Anerkennung ringend startet de Guzman populistische Aktivitäten: Er setzte die Versteigerung von sieben Villen des ehemaligen Diktators ebenso durch wie den Verkauf der Mehrheitsbeteiligungen am Manila Electric Company und der Eastern Telecommunications (beide Unternehmen gehören zum beschlagnahmten Marcos-Besitz). Erlöse im Gesamtwert von rund 6 Milliarden Peso (ca. 125 Millionen Dollar) sollen dadurch erzielt werden.<sup>7)</sup> Außerdem verstärkt de Guzman die Suche nach dem legendären Marcos-Gold (das Gerücht spricht von rund 13 Milliarden Dollar), das in der Vergangenheit immer wieder an verschiedenen Orten in der Welt »entdeckt« worden sein soll — zuletzt im Zürcher Freilager des Flughafens Kloten.<sup>8)</sup> Selbstverständlich antwortete Imelda Marcos und

Sohn Bobong mit scharfen Worten: Imelda sei zwar zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, allerdings sei dies noch lange kein Beweis, dass das Eigentum unrechtmäßig erworben worden sei; und auch das Einspruchsverfahren gegen den Gerichtsentscheid sei noch pendent. Insbesondere beim Verkauf der Immobilien und Beteiligungen hat sich der Guzman einen strategisch geschickten — aber leicht zu durchschauenden Schachzug überlegt. So bietet er der Familie Marcos an, die Immobilien für einen Betrag von 125 Millionen Dollar zurückzukaufen, was den 25 Prozent entspricht, die die Marcos-Familie aus dem Schweizer Vermögen höchstens erwarten dürfte.<sup>9)</sup>

## Die Friedensverhandlungen mit der NDF

Es war ausdrückliches Ziel des früheren Staatspräsidenten Ramos, mit allen noch militärisch agierenden Gruppierungen bis zum Ende seiner Amtszeit ein Friedensabkommen zu ratifizieren. Doch die Verhandlungen mit der National Democratic Front NDF, einem der politischen Arme der Kommunistischen Partei der Philippinen CPP, gestalteten sich als äußerst schwierig, da ihre Verhandlungsführer keinen tatsächlich eigenständigen Handlungs- und Entscheidungsspielraum haben. Alle Verhandlungen mit der NDF werden in Holland geführt, wo José Maria Sison, Gründer der CPP und Organisator des Widerstands während der Marcos Diktatur, im Exil lebt. Es ist Sisons Verdienst, die Ansprüche der Folteropfer überhaupt zum Thema gemacht zu haben und es ist gehört auch zu seinen Verdiensten, mit dem amerikanischen Anwalt Robert Swift 2,1 Milliarden Dollar hohe Entschädigung vom amerikanischen Bundesgericht bewirkt zu haben. Doch in den folgenden Jahren sah sich Sison immer weniger in der Lage, Einfluss auf Swifts Verhalten vor Gericht und in der Öffentlichkeit zu nehmen und es kam zur Trennung. Seither instrumentalisiert Sison die Friedensverhandlungen, um eine Entschädigung der Folteropfer nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten. In diesem Prozess kamen die Verhandlungen im vergangenen Jahr ins Stocken, als

die Regierung nicht bereit war, einen Passus in einem Vorvertrag (dem Comprehensive Agreement on Human Rights and International Humanitarian Law) zu akzeptieren, der die NDF, vertreten durch die Organisation SELDA bevollmächtigt hätte, über die Verwendung von »mindestens 150 Millionen Dollar der Marcos-Gelder« zu bestimmen.<sup>10)</sup> Erst im



Die Marcoses haben gut Lachen.

aus: AW v. 7.7.1993, S. 31

Februar, nach der Ausarbeitung einer Kompromissformulierung war der Vertrag zur Unterschrift bereit. Doch auch die neue Formulierung reichte der NDF, wieder aktiv in das Verfahren Einfluss zu nehmen. So sichert Artikel 5 zu, dass im Falle eines gerichtlichen Verfahrens außerhalb der USA die Folteropfer einen Anwalt zu benennen haben, der sie vertritt. Die Reaktion Robert Swift blieb nicht aus. Im Februar wand er sich gemeinsam mit seinem philippinischen Partner Rodrigo Domingo Jr. an den philippinischen Justizminister und stellte klar, dass nur sie beide die Zulassung der amerikanischen Behörden hätten, die Folteropfer zu vertreten.<sup>11)</sup> Damit löste Swift einen alten Streit zwischen den Organisationen SELDA und CLAIMANTS 1081 aus, die beide für sich in Anspruch nehmen, die Folteropfer zu vertreten.

## Die Spaltung der Linken und die Folgen für die Folteropfer

Die Konflikte zwischen SELDA und CLAIMANTS 1081 ist vor dem Hintergrund der politischen Umwälzungen zu Beginn der 90er Jahre erklärbar. Es war das Grundsattpapier zum 23. Gründungstag der CPP, in dem Sison der weltweiten Legitimationskrise kommunistischer Herrschaften zum Trotz eine bedingungslose Rückbesinnung auf

die maoistischen Prinzipien forderte und die Mitglieder weitgehend eigenständig agierender Regionalgruppen für zahlreiche Fehlentwicklungen verantwortlich machte.<sup>12)</sup> Ein Ergebnis des Zerwürfnisses war die Abspaltung von CLAIMANTS 1081 im Jahre 1994, die fortan mit dem amerikanischen Anwalt Robert Swift zusammenarbeitet. In den vergangenen Monaten wurde der Konflikt um den Vertretungsanspruch in der philippinischen Presse ausgetragen, wobei eher diffamiert als konstruktiv diskutiert wird.<sup>13)</sup>

## 150 Millionen für die Opfer — zwei Verteilungspläne

»Wir haben kalkuliert, dass eine faire Kompensation bei rund 150 Millionen Dollar liegt.« Es war Loretta Rosales, die im Februar 1998 in einer Presseerklärung erstmals einen konkreten Betrag im Zusammenhang mit den aus der Schweiz transferierten Geldern nannte.<sup>14)</sup> Auch wenn Rosales keine Begründung für diesen Betrag liefern konnte, war SELDA damit herausgefordert und konterte im September 1998 mit einem Verteilungsplan, den die NDF in den Friedensverhandlungen konkretisierte. Dabei sind die Rahmenbedingungen klar: Es geht um die Entschädigung von 9539 Folteropfern, die sich zusammensetzen aus 5475 Personen, die an den Folgen der Folter leiden, 3184 Personen, die umgebracht wurden und 880 Personen, die verschwunden sind. Nach SELDA sollen die Opfer je nach Ausmaß der Schädigungen mit zwischen 500.000 Peso (rund 12.000 Dollar) für die Gefolterten und 3,5 Millionen Peso (etwa 80.000 Dollar) für die Exekutierten abgefunden werden.<sup>15)</sup> Einziger Unterschied ist daß José Maria Sison nicht in die Kategorie »Gefolterte« sondern in die Kategorie »Exekutierte« eingeordnet wurde. Eine Reaktion von CLAIMANTS 1081 war somit provoziert. Einerseits warf deren Anwalt Swift der Regierung vor, den Frieden mit der NDF auf Kosten der Folteropfer zu erkaufen, andererseits bezeichnete er Sison als Heuchler, der sich unrechtmäßig bereichere. Die Öffentlichkeit reagierte derart empört, dass Estrada

tags darauf dementierte, dieses Abkommen unterzeichnet zu haben<sup>16)</sup>, worauf Sison die Friedensverhandlungen als gescheitert bezeichnete.<sup>17)</sup> Swift selbst reiste noch im September nach Manila, um mit der Regierung eigene Verhandlungen zu führen. Auch er behauptet nun, einen »offiziellen« Verteilungsplan ausgehandelt zu haben. Dieser orientiert sich nicht am Grad der physischen Schädigung, sondern sichert jedem Folteropfer den gleichen Betrag von 770.000 Peso (rund 18.000 Dollar) zu.<sup>18)</sup>

## Zukünftige Herausforderungen

Die Krise um die Marcos-Gelder scheint auf den Philippinen ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Wie sich die einzelnen Parteien in dem Verteilungskonflikt verhalten, wird einen wesentlichen Einfluss auf ihre zukünftige Rolle in der philippinischen Gesellschaft haben, denn kaum eine Diskussion wird von den Medien, Kolumnisten und privaten Leserbriefen derart begleitet, wie diese. Die Schlüsselfragen des Prozesses in den nächsten Monaten werden dabei sein:

1. Welcher Betrag wird es tatsächlich sein, der von den aus der Schweiz transferierten Geldern den Folteropfern zugedacht wird? Es gibt keine Begründung, warum es 30 Prozent des Gesamtbetrags sein sollen, wie es CLAIMANTS oder SELDA fordern. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wann auf den Philippinen die von

der Schweiz verlangten Rechtsverfahren zur Entschädigung eingeleitet werden und wie dieses Verfahren konkret ausgestaltet wird. Keinesfalls kann der Betrag per Präsidentendekret definiert werden.

2. Welche Rolle spielen die Folteropfer im weiteren Verteilungsprozess? Bisher werden sie von allen Parteien instrumentalisiert. Sowohl SELDA als auch CLAIMANTS 1081 haben in den vergangenen Monaten Unterschriftenaktionen bei Folteropfern und ihren Angehörigen durchgeführt, um sich zu legitimieren.
3. Werden in einem philippinischen Entschädigungsverfahren auch solche Opfer berücksichtigt, die nicht auf der offiziellen Liste des amerikanischen Bundesgerichts verzeichnet sind? Diese Frage ist von hoher gesellschaftlicher Brisanz, denn es ist eine Tatsache, dass die bestehende Liste »Manila bzw. Luzon-zentriert« ist. Sehr wenige Opfer der Marcos-Diktatur, die aus Mindanao stammen, haben seinerzeit von der Einschreibefrist in Amerika erfahren.
4. Können die zwei konkurrierenden Organisationen SELDA und CLAIMANTS 1081 in bestimmten Bereichen kooperieren, um ihre Verhandlungsposition gegenüber Regierung und Familie Marcos zu stärken? Diese Frage ist eng verknüpft mit der Frage nach der Eignung der Linken auf den Philippinen. Einzig SELDA-Geschäftsführerin Marie Hilao-Enriquez bemerkte in einem offenen Brief, daß

eine Vereinigung der beiden Organisationen wünschenswert sei.<sup>19)</sup>

5. Wie lange kann es sich Sison leisten, die Friedensverhandlungen mit der Regierung mit der Frage nach Entschädigung der Folteropfer zu verknüpfen. Es gilt heute als sicher, daß sich innerhalb der Kommunistischen Partei eine weitere Spaltung (nach der in den Jahren 1992 f.) vollzieht. Eine erneute Spaltung würde die Rolle Sisons im gesamten Verhandlungsprozess (Marcos-Gelder und Friedensverhandlungen) deutlich schwächen.
6. Welche Rolle wird die Schweiz — als das Land, dessen Banken Jahrzehnte die Familie Marcos hofierten — im zukünftigen Prozess spielen? Im Eidgenössischen Departement für Äußere Angelegenheiten verfolgt man zwar die Streitigkeiten »sehr aufmerksam« hofft aber, »daß diese [beiden Parteien] bald zur Einsicht gelangen, daß eine rasche Beilegung dieser Differenzen in ihrem gemeinsamen Interesse liegt.«<sup>20)</sup> Wenn das Lausanner Bundesgerichtsurteil auch quer durch alle politische Gruppierungen begrüßt wurde, so wird doch vermehrt nach einer verantwortlicheren Rolle der Schweiz — etwa als neutrale Vermittlerin — verlangt. Schließlich stellt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Schweiz ihre Drohung, vor den Ausschüssen der Vereinten Nationen zu intervenieren, wahrnimmt.

## Anmerkungen:

- 1) Siehe z.B. Finanzplatz Informationen Nr. 1/1998; herausgegeben von Aktion Finanzplatz Schweiz.
- 2) Judgement by the Swiss Federal Supreme Court, 10. Dezember 1997 (1A.87/1997/Jerr).
- 3) Ausführlicher zum Urteil siehe Drilling, Matthias (1998): Die Freigabe des Marcos-Geldes. Ein bahnbrechendes Urteil — aus wessen Sicht? In: *südostasien*, Jg. 14, S. 79-82.
- 4) Eine Kopie dieses Dokument befindet sich im Archiv der Gruppe Schweiz-Philippinen.
- 5) *Philippine Daily Inquirer* vom 19.7.1998.
- 6) *Philippine Daily Inquirer* vom 12.8.1998.
- 7) *Philippine Daily Inquirer* vom 8.8.1998.
- 8) Siehe Drilling, Matthias (1998): *Swissgate oder Wahlkampfbluff*. In: *Zeitschrift für Friedenspolitik*, Nr. 2, S. 9.
- 9) *Philippine Daily Inquirer* vom 14.8.1998.
- 10) *Comprehensive Agreement on Respect For Human Rights and International Humanitarian Law Between the Government of the*

*Republic of the Philippines (GRP) and the National Democratic Front of the Philippines (NDF)*, inoffizielles und unveröffentlichtes Dokument vom 1.10.1995 (eine Kopie des Dokumentes befindet sich im Archiv der Gruppe Schweiz-Philippinen).

- 11) Robert Swift in einem Brief an Silvestre Bello III vom 13.2.1998 (eine Kopie des Briefes befindet sich im Archiv der Gruppe Schweiz-Philippinen).
- 12) Liwang, Armando: *Reaffirm our Basic Principles and Rectify Errors*. In: *Philippinenbüro* (Hg.) (1992): *Ausschnitte aus der Debatte der philippinischen Linken. Eine Dokumentation englischsprachiger Beiträge*. (Es ist allgemein akzeptiert, dass Armando Liwang das Pseudonym von José Maria Sison ist). Zu dieser hier stark verkürzten Darstellung siehe u.a. Gersham, John und Walden Bello (Hg.) (1993): *Re-examining and Renewing the Philippine Progressive Vision*. Quezon City sowie: Rocamora, Joel (1994): *Breaking Through*.

*The Struggle within the Communist Party of the Philippines*. Pasig City.

- 13) Siehe dazu ausführlicher Drilling, Matthias (1998): *Aus den Augen — aus dem Sinn? In: Mosquito — die entwicklungspolitische Zeitschrift der Schweiz*, Nr. 5, S. 22 sowie ders. in: *Philinfo — Informationen der Gruppe Schweiz-Philippinen* Nr. 2/1998.
- 14) Press statement vom 5.2.1998.
- 15) *Philippine Daily Inquirer* vom 6.9.1998.
- 16) *Philippine Daily Inquirer* vom 7.9.1998.
- 17) José Maria Sison in einer Presseerklärung vom 13.9.1998.
- 18) *Philippine Daily Inquirer* vom 13.9.1998.
- 19) Offener Brief von Marie Hilao-Enriquez, Geschäftsführerin von SELDA, vom 12.9.1998.
- 20) Aus einem Brief des EDA an die Gruppe Schweiz-Philippinen vom 22.5.1998